



Demonstrierte Einigkeit und Kampfegeist: Die Parteispitze der Grünen gab gestern vor den Medien bekannt, dass ihre Partei auf eine Kandidatur für den frei werdenden Bundesratsitz verzichtet.

Bild: Peter Schneider/Keystone

«... sind nur etwas mehr als zwei Drittel der Wählerschaft repräsentiert.» Deshalb brauche es «zwingend eine grüne Vertreterin oder einen grünen Vertreter im Bundesrat». Doch anstatt diesen Anspruch Vakanz für Vakanz aufs Neue zu erheben, lassen die Grünen die jetzige Chance verstreichen.

Grüne greifen seit 35 Jahren immer wieder SVP-Sitze an

Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass die Nicht-Kandidatur der Grünen eine Kehrtwende darstellt. Denn dass die Grünen SVP-Sitze angreifen, hat eine lange Tradition. Das taten sie bereits, als die rechte Partei noch deutlich kleiner war und gemäss alter Zauberformel einen einzigen Sitz für sich in der Regierung beanspruchen konnte. Die erste grüne Bundesratskandidatur geht auf das Jahr 1987 zurück. Damals versuchte die Bernerin Leni Robert der SVP den Platz im Bundesrat abzujagen.

In den Folgejahren hielten die Grünen den Druck auf die SVP aufrecht. Mit den nach der Jahrtausendwende folgenden Kandidaturen von Cécile Bühlmann, Ruth Genner und Luc Recordon protestierten die Grünen weiter gegen die Politik der SVP. Erst 2010 galt der Angriff zum ersten Mal einer anderen Partei. Die Grünen hatten es mit Brigit Wyss auf den FDP-Sitz abgesehen. Wyss scheiterte – wie alle anderen zuvor – und musste Johann Schneider-Ammann den Vorrang lassen.

Der letzte grüne Angriff erfolgte mit der Kandidatur der damaligen Parteipräsidentin Regula Rytz nach dem Wahlerfolg der Partei 2019. Zwar erhielt Rytz 82 Stimmen, doch damit lässt sich bekanntlich kein Bundesratsitz erobern.

Wie entscheidend war das Kandidatenproblem?

Die zahlreichen Angriffe der Grünen gegen die bürgerliche Mehrheit in der Landesregierung hatten vor allem symbolischen Charakter. Das wäre auch heuer nicht anders gewesen. Mit einer Kandidatur hätten die Grünen ihren Anspruch weiter bewirtschaften können. Doch in diesem Fall sei die Nicht-Kandidatur «ein strategischer Entscheid» gewesen, so Trede. So könne sich die Partei voll und ganz «um die wahren Probleme – die Klima- und die Biodiversitätskrise – kümmern» und sich vorbereiten auf die «Klimawahlen

2023», wie die Grünen die nächsten Wahlen bereits jetzt bezeichnen.

Was Trede verschweigt: Für eine Kandidatur braucht es eine Person aus der Fraktion oder einer Kantonsregierung, die sich zur Verfügung stellt und eine sichere Niederlage verkraften kann. Doch eine solche liess sich offenbar nicht so einfach finden. Bevor die Grünen überhaupt entschieden, ob sie den SVP-Sitz angreifen wollen oder nicht, erteilten erste Vertreter ihrer Partei bereits eine Absage. So liessen etwa Ständerat Matthias Zopfi sowie Parteipräsident Balthasar Glättli schon früh verlauten, dass sie nicht kandidieren werden. Und auch der Baselbieter Regierungsrat Isaac Reber teilte am

Dienstagvormittag mit, dass eine Kandidatur für ihn nicht in Frage komme.

Für die Nachfolge von Ueli Maurer hat der Entscheid der Grünen freilich keine grossen Auswirkungen. Klar ist schon jetzt, dass die Grünen ihre Wahlzettel leer einlegen werden. Bei den offiziellen Erneuerungswahlen im kommenden Jahr will die Partei dann wieder eine Kandidatur stellen und endlich als staatstragende Partei wahrgenommen werden. Die Grünen hoffen deshalb, bei den eidgenössischen Wahlen im Herbst 2023 noch einmal deutlich zulegen zu können. Ob das gelingt, hängt auch davon ab, ob die Parteibasis die defensive Haltung ihrer Bundesparlamentarier goutiert oder nicht.

Verwirrung um britischen Pass von SVP-Kandidatin Michèle Blöchli

Vorgestern hat die erste Frau ihre Bewerbung um die Nachfolge von Ueli Maurer eingereicht. Die Nidwaldner Finanzdirektorin Michèle Blöchli sprach an der Medienkonferenz auch über ihre Herkunft. Sie sagte, dass Englisch ihre zweite Muttersprache sei, da ihre Mutter aus England stamme. Auf den Hinweis eines Journalisten, dass sie gemäss Wikipedia auch die britische Staatsbürgerschaft besitze, sagte Blöchli: «Ich habe keinen britischen Pass. Was in Wikipedia steht, ist nicht zutreffend.»

Damit schien das Thema erledigt. Also eine Ente des Online-Lexikons? Auf Wikipedia wurde die Information über die Nationalität mit einer Quelle belegt. Und diese ist: die eigene Website von Michèle Blöchli. Dort stand zumindest bis 2021 unter Nationalität «CH und GB» (Grossbritannien). Darauf berief sich der Wikipedianer, welcher ihren Eintrag gemacht hatte.

Wie kommt es, dass «GB» inzwischen von Blöchlis Website verschwunden ist? Ein Wikipedianer hat die SVP-Kandidatin direkt angefragt, wie CH Media in Erfahrung brachte. Sie antwortete, Wikipedia sei «nicht mehr



Schweizerin und Engländerin: Michèle Blöchli. Bild: key

aktuell». Sie habe tatsächlich einmal beide Staatsbürgerschaften bzw. Pässe gehabt, doch das sei schon eine Weile her. Sie besitze «seit vielen Jahren keinen britischen Pass mehr». Offenbar, so der Schluss, hat sie ihren Pass längst abgegeben.

Somit schien klar, dass die Preisgabe der zweiten Nationalität – anders als 2017 damals bei Ignazio Cassis, der seinen italienischen Pass abgab – keinen unmittelbaren Zusammenhang mit ihrer Bundesratskandidatur hat.

Am Dienstagabend teilte Blöchli dann auf einmal mit, sie besitze nun doch die britische Staatsbürgerschaft. Der Pass sei jedoch seit über zehn Jahren abgelaufen; nach dem Tod ihrer Mutter habe sie keinen neuen ausstellen lassen, sagte sie den Tamedia-Portalen. Auf die britische Staatsbürgerschaft als solche habe sie aber nie verzichtet. «Ich muss davon ausgehen, dass ich die Staatsbürgerschaft immer noch habe», sagte sie. Blöchli ist also Doppelbürgerin. Etwas, das der heutige SVP-Präsident Marco Chiesa 2017 Bundesratsmitgliedern verbieten wollte. Doch seine parlamentarische Initiative scheiterte. (pmü)

Was wäre, wenn ein Headhunter den neuen Bundesrat suchte?

Nach diesen Kriterien würde ein Personalvermittler ein Mitglied der Landesregierung rekrutieren.

Francesco Benini

Was wäre, wenn es keine Rolle spielte, ob der Kandidat aus Zug oder Bern kommt? Wenn es niemanden interessierte, ob die Anwärterin schon einmal zum Kaffee in Herrliberg war oder nicht? Was wäre, wenn ein professioneller Headhunter den Bundesrat suchte und die Kriterien unbeachtet blieben, die in Bundesbern zählen?

Björn Johansson ist einer der erfahrensten und erfolgreichsten Headhunter der Schweiz. Er ist gerade 75 geworden und sucht nach wie vor nach Führungskräften. Würde ihn die Bundeskanzlei anfragen, ob er bis Dezember einen Bundesrat finden könnte – Johansson würde nach folgenden Kriterien vorgehen:

20 Personen zusammensetze. Der Bundesrat ist hingegen ein Siebnergremium. «Entscheidend ist darum, dass man delegieren kann. Voraussetzung dafür ist, dass man gute Chefbeamte auswählt.»

«360-Grad-Kopf»



Headhunter Björn Johansson. Bild: zvg

Ein neu gewählter Bundesrat kann sich sein Departement nicht selber auswählen. «Es braucht darum Generalisten. Leute mit wacher Neugier.» Wer sich nur für ein Fachgebiet interessiert, fällt aus dem Raster.

Familiäres Umfeld

Das Amt in der Landesregierung bedeutet vor allem harte Arbeit. «Wenn das familiäre Umfeld des Bundesrats ein Problem hat mit dessen 16-Stunden-Tagen, kommt es nicht gut», hält Johansson fest.

Das sind die sieben Kriterien des Headhunters. Wie geht er nun konkret ans Werk? Er nutzt sein riesiges Beziehungsnetz. Und er holt Referenzen ein, formelle und informelle.

Bei den formellen Referenzen weiss der Adressat, um was es geht. Man teilt ihr oder ihm mit: «Wir haben Herrn X im Auge für die Position des Bundesrats.» Nun erhofft man sich Auskünfte darüber, wo mögliche Stärken und Schwächen bei der Ausübung des hohen Amtes liegen könnten.

Johansson holt mehr informelle Referenzen ein. Er will vom Gesprächspartner wissen: Wie ist Frau Y so? Wie führt sie? Wie verhält sie sich, wenn der Druck zunimmt? Wie kommuniziert sie im Unternehmen? Dass Frau Y Mitglied der Landesregierung werden könnte, kommt nicht zur Sprache.

Es ist nie so, dass ein Anwärter alle Kriterien klar erfüllt. Johansson erklärt, dass gerade in Bezug auf die Führungsstärke Defizite bei Menschen auszumachen seien, die man für Leitungspositionen in grösseren Organisationen vorsehe. Was dann?

«Dann stellt man ihr oder ihm einen Mentor zur Seite.» In der Wirtschaft sei das verbreiteter, als man annehme – die Beratungsmandate blieben meistens vertraulich.

Wäre das auch im Bundesrat möglich? Johansson sieht keinen Hinderungsgrund. Es gebe da verschiedene Modelle. Ein neues Mitglied der Regierung könnte zum Beispiel einen alt Bundesrat als Mentor haben. Wann immer sich ein grösseres Problem ergebe, stehe der vormalige Magistrat bereit für eine Einschätzung und Ratschläge. Bei grösseren Unternehmen seien vergleichbare Beratungsmandate meistens zeitlich begrenzt. «Irgendwann meint fast jeder CEO, dass er alles am besten weiss. Auch wenn das falsch ist», sagt Johansson.

Der Headhunter ist überzeugt: Rekrutiert man nach seinen sieben Kriterien einen Bundesrat und führt man dabei die Abklärungen gründlich durch – es käme ein gutes Mitglied der Landesregierung heraus. Und am Schluss wählt das Bundesparlament wohl Albert Rösti, Headhunting hin oder her.

Politische Erfahrung: Lokal, in Bern, international.

Der Kandidat muss im politischen System der Schweiz verwurzelt sein. Johansson merkt jedoch an: «Eine Person, deren Horizont nur von Genf bis nach St. Margrethen reicht, kommt nicht in Frage.» Die Schweiz gehe ihren eigenen Weg, aber ein Bundesrat müsse wissen: Was läuft in den USA, in China, in Russland, bei der EU, der Weltbank? Gut wären längere Aufenthalte im Ausland. In jedem Fall müsse jemand aber seine Kenntnisse über internationale Zusammenhänge unter Beweis stellen.

Kommunikativer Typ

«Ein Bundesrat muss gut kommunizieren können, und zwar auch dann, wenn er unter Druck steht», meint der Headhunter. Bundesrat Alain Berset machte es in der Coronakrise vor. In seinem Bundesamt für Gesundheit lief manches schief; Berset bündelte es kommunikativ aus. Die Bevölkerung sah ihn Woche für Woche am Fernsehen. Allgemeiner Eindruck: Wer spricht wie Berset, hält die Fäden in der Hand.

Sprachkenntnisse

«Deutsch, Französisch und Englisch», fordert Johansson. In internationalen Gremien ist Englisch Standardsprache. Gute Englischkenntnisse werden darum vorausgesetzt. Ein Bundesrat sollte sich nicht in einem CNN-Interview mit rudimentärem Englisch der Lächerlichkeit preisgeben, wie das Ueli Maurer tat.

Teamorientiertheit

Die sieben Bundesräte sind gleichberechtigt. Primadonnen, die sich nicht ins Kollegialitätsprinzip einfügen, überstehen die Ausscheidung nicht. «Teamorientiertheit setzt voraus, dass man einen eigenen klaren Standpunkt hat», betont Johansson. Eine vorschnelle Anpassung an die Mehrheitsmeinung sei nicht erwünscht.

Führungsstärke

Johansson weist darauf hin, dass sich eine Regierung im Ausland aus 15 bis